

Neoliberaler „Tatra-Tiger“

Die im künftigen EU-Mitglied Slowakei mit Jahresbeginn eingeführte „Flat Tax“, also ein einheitlicher 19-Prozent-Satz für alle Steuern, wird im alten Europa mit Argusaugen beobachtet. Der europäische Steuerwettbewerb werde dadurch erhöht, gibt sich der smarte Finanzminister, Ivan Mikloš, selbstsicher. Doch in der slowakischen Bevölkerung wird der Einheitssteuersatz keineswegs nur als positiv empfunden.

Heike Hausensteiner aus Bratislava

Soeben hat er den siebenten Misstrauensantrag der Opposition überstanden. Der „Vater“ der slowakischen Steuerreform streicht naturgemäß die aus seiner Sicht „positiven Effekte“ hervor: Die Flat Tax werde strukturelle Reformen am Arbeitsmarkt und bei den Pensionen nach sich ziehen. „Länder mit zu hohen Steuern werden Investitionen verlieren“, ist Mikloš von der konservativen Regierungspartei SDKU überzeugt. Er rühmt sich im Gespräch mit österreichischen Journalisten der Vereinigung Europäischer Journalisten (AEJ) damit, der Slowakei den „niedrigsten Steuersatz in Europa“ beschert zu haben; zudem gebe es keine Steuer auf Dividenden. Als weitere Atouts nennt er gut ausgebildetes Personal, niedrige Arbeitskosten (19 Prozent des EU-Schnitts) und ein niedriges Preisniveau (42 Prozent des EU-Niveaus).

Schließlich möchte die Slowakei möglichst bald die Gemeinschaftswährung einführen. Und die Flat Tax ist Teil der umfassenden Reform des Steuersystems und der Pensionen (Drei-Säulen-Modell), mit der die Regierung das Staatsdefizit auf 3,4 Prozent pro Jahr senken – und so die Maastricht-Ziele erreichen will. „Wir rechnen im Jahr 2008 oder 2009 mit der Euro-Einführung“, sagt Mikloš zur „Wiener Zeitung“. Zumal die Slowakei als EU-Land „nicht die Option, sondern die Verpflichtung“ habe, dem Euro-Raum beizutreten.

„Ausgezeichnete“ Politik . . .

Und dann ist da noch die „Lissabon-Strategie“ der EU, auf die die Slowakei schon jetzt hinarbeitet. Entsprechend dem Ziel der Union, größter Wirtschaftsraum der Welt zu werden, glaubt der slowakische Finanzminister einen Wettbewerb initiiert zu haben, um die Lissabon-Vorgaben – Erhöhung der Beschäftigungsquote und des Pensionsantrittsalters sowie Investitionen vor allem in Forschung und Entwicklung – rascher zu erreichen. Vorbild für die ehrgeizige Wirtschaftspolitik in der Slowakei ist Irland, das wegen seines Auf-

schwunges in den 1990-er Jahren in Anlehnung an die ostasiatischen Staaten als „keltischer Tiger“ bezeichnet wird.

Die Slowakei hat mit dem Einheitssteuersatz ihr Steuersystem radikal vereinfacht. Allen voran Spitzenverdiener mit einem Höchststeuersatz von bisher 38 Prozent und Unternehmen (25 Prozent) werden von der Neuregelung profitieren. Dagegen bedeutet der neue Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent bei Lebensmitteln, Miete und Dienstleistungen eine Erhöhung um fünf Prozentpunkte – was freilich auch Niedriglohnverdiener zu bezahlen haben. Bei der Einkommensteuer werden sie künftig ebenfalls mehr bezahlen müssen: Bisher lag der Eingangssteuersatz bei zehn Prozent. Dafür gibt es einen relativ hohen Steuerfreibetrag von monatlich 6.732 Kronen (164 Euro). Bei 13.000 Kronen (316 Euro) liegt das monatliche Durchschnittseinkommen. Ein Arzt verdient im Schnitt umgerechnet 500 Euro im Monat.

. . . oder sozial unverträglich?

Die Senkung der Einkommens- und Körperschaftssteuer war dem Europäischen Wirtschaftsverband (SME-Union) im Übrigen Anlass genug, Finanzminister Mikloš mit dem „Political Entrepreneurship Award 2004“ auszuzeichnen. Der Schritt zur Flat Tax sei „ein Meilenstein“ auf dem Weg der Slowakei zu einem KMU-freundlicheren Umfeld, so die Begründung des österreichischen EU-Abg. Paul Rübiger (ÖVP) als Präsident von SME-Global. Die Flat Tax werde „bestehende Arbeitsplätze und Betriebe sichern und neue schaffen“.

Peter Weiss von der Sozialdemokratischen Alternative (SDA) und Ex-Vizepräsident des Parlaments sieht es anders: „In diesem Land hat man einen Eigentumsbruch gemacht.“ Jene, die reich geworden seien, wollten nun ihren Reichtum erhalten. „Die Steuersenkung durch die Flat Tax muss ja jemand bezahlen, und das ist die soziale Kohäsion“ aufgrund der großen regiona-

len Disparitäten im Land. Er befürchtet langfristige Probleme in den ärmeren Regionen.

Dass die Regierung unter Mikulaš Dzurinda vor allem in die Automobilindustrie (Volkswagen, Peugeot, Hyundai) investiert, kritisiert auch Monika Benova von der Partei Smer („Richtung“), die sich als mitte-links orientiert sieht. „Was ist, wenn wir in eine Rezession kommen“, stellt Benova die

Sinnhaftigkeit in Frage, vorrangig in einen Sektor zu investieren. Besser wären mehrere kleinere und diversifiziertere Investitionen des Staates. Dass die Autobahn-Anbindung in die Nordslowakei wegen des Hyundai-Werkes vorgezogen wird, sorgt in der Ostslowakei ebenso für Missmut.

„Wiener Zeitung“, 25.03.2004